

Gestaltungsspielraum für die interkulturelle Zusammenarbeit ist entstanden, den es von beiden Seiten positiv auszufüllen gilt.

Carsten Krause, Thomas Rötting

Politik in Japan. Parteiensystem, Außenbeziehungen, wirtschaftliche Reformen, sozialer Wandel

Konferenz der Universität Münster und Akademie Franz Hitze Haus, Münster, 1.-2. Februar 2008

Japan steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor zahlreichen politischen Herausforderungen, die Thema der Konferenz waren. Dabei sollten besonders die politischen Grundlagen sowie die eingeleiteten Reformprozesse und die aktuelle Regierungspolitik untersucht werden. Die Konferenz wurde vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster in Zusammenarbeit mit der Akademie Franz Hitze Haus organisiert. Als Redner fanden sich ein: Dr. habil. Patrick Köllner und PD Dr. Dirk Nabers, beide vom GIGA Institut für Asien-Studien, Hamburg; Prof. Dr. Paul Kevenhörster, Universität Münster; sowie Prof. Dr. Werner Pascha und Prof. Karen Shire Ph.D., beide Universität Duisburg-Essen.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch Professor Kevenhörster sprach Dr. Patrick Köllner zum Thema: „Auf dem Weg zu einem Zweiparteiensystem in Japan?“. Dr. Köllner zeigte zunächst die zentralen Ereignisse der letzten 20 Jahre auf, welche die Parteienlandschaft in Japan nachhaltig verändert hätten, etwa die Gründung der DPJ als „dritte Kraft“ 1996 oder die groß angelegte Verwaltungsreform von 1994. Dabei kamen auch die Charakteristika des japanischen politischen Wettbewerbs bis 1994 sowie die Kennzeichen der Parteienorganisation bis Anfang der 1990er Jahre zur Sprache, etwa die Rolle der Faktionen oder der persönlichen Unterstützungsorganisationen der Parteien. Außerdem beschrieb Dr. Köllner die politischen Reformen des Jahres 1994, wobei er insbesondere auf den Wahlsystemwandel einging. Er erläuterte dann die Auswirkungen, welche diese Reformen auf die Parteienlandschaft Japans gehabt hätten. So schreite der Zwei-Parteien Wettbewerb weiter voran, wie auch die Oberhauswahl 2007 beweise. Ferner habe sich der japanische Wahlkampf verändert, etwa durch die Einführung von Parteiprogrammen. Auch seien die Faktionen funktional geschwächt, während die Parteizentralen gestärkt aus den Reformen hervorgegangen seien. Auch verlören die politischen Unterstützungsorganisationen auf der Makroebene an Bedeutung, seien aber für einzelne Kandidaten weiterhin wichtig.

Dr. Nabers sprach zum Thema: „Japans Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen“. Im ersten Teil seines Vortrages ging Dr. Nabers auf den normativen Rahmen der japanischen Sicherheitspolitik ein. Anhand der Charta der Vereinten Nationen erläuterte er das Konzept der „Kollektiven Selbstverteidigung“ und der daraus resultierenden wichtigen Rolle von Allianzen im internationalen System. Dr.

Nabers ging außerdem auf den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag ein, wobei er besonders die im Vertrag festgehaltene einseitige Beistandspflicht der USA betonte. Seine Ausführungen verdeutlichten, dass Japans Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen dem Prinzip der „Kollektiven Selbstverteidigung“ und dem Artikel 9 der japanischen Verfassung stünde. Im zweiten Teil des Vortrages beschrieb Dr. Nabers die verschiedenen Krisen, welche zu einer inkrementellen Ausweitung des verteidigungspolitischen Handlungsspielraumes in Japan geführt hätten. So seien beispielsweise nach der Nordkoreakrise von 1993/94 die neuen Richtlinien des japanisch-amerikanischen Sicherheitsbündnisses erlassen worden, während Japan mit dem „Anti-Terrorism Special Measures Law“ auf die Herausforderungen des 11. Septembers 2001 reagiert habe. Abschließend erklärte Dr. Nabers mittels konstruktivistischer Variablen wie „Identität“ oder „Diskurs“ die Veränderungen innerhalb der japanischen Sicherheitspolitik. So hätten in Japan nach dem komplexen Prozess der Identitätsfindung nach 1945 die erwähnten Krisen dazu geführt, dass der Interpretationsspielraum der eigenen Identität gewachsen sei.

Den zweiten Tag der Konferenz eröffnete Professor Pascha mit dem Vortrag „Japan zwischen einzelwirtschaftlichen Erfolgen und gesamtwirtschaftlichen Anspannungen?“, wobei er zunächst deutlich machte, dass in Japan der Unterschied zwischen privatwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Performanz besonders ausgeprägt sei. Professor Pascha erläuterte dann Stand und Perspektive der Reform der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Japan, wobei er drei Probleme innerhalb der japanischen Wirtschaft ausmachte. Das erste Problem sei die mangelnde Reformanstrengung der Regierung. So liege der Schwerpunkt der Regierung Fukuda eher auf der Teilhabe, und nicht so sehr auf der Schaffung von Wohlstand durch weitere liberale Reformen. Ein weiteres Problem Japans seien Disparitäten innerhalb der Gesellschaft, was unter anderem an der vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit sowie an der Verschiebung von regulären zu schlechter bezahlten nicht-regulären Mitarbeitern liege. Als drittes Problem der japanischen Wirtschaft machte Professor Pascha die hohe Staatsverschuldung aus, welche den Handlungsspielraum der Regierung stark einschränke. Demgegenüber stünden allerdings privatwirtschaftliche Erfolge. So sei bspw. die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gut, die Zahl der Konkurse sowie die Verschuldung der Privatwirtschaft stark rückläufig. Gründe hierfür seien u. a. die zurückhaltende Gehaltsentwicklung, das Aufholen in der Produktivitätsentwicklung nach den schwachen 90er Jahren sowie hohe Investitionen in F & E. Diese privatwirtschaftlichen Erfolge seien bspw. in der Automobilindustrie deutlich zu sehen.

„Schlusslicht Japan? Die japanische Entwicklungspolitik im Brennspeigel der internationalen Kritik“ war Thema des Vortrages von Professor Kevenhörster. Er erklärte die Evaluationskriterien für Entwicklungshilfe wie sie das Development Assistance Committee der OECD festgelegt hat. Anschließend wies er darauf hin, dass es bei einem internationalen Vergleich der Öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) nicht nur um die Gesamtsummen und ihren jeweiligen Anteil am

Bruttoinlandprodukt gehen müsse. Vielmehr müsse untersucht werden, welche Geberländer bspw. mit ihrer Entwicklungs-, Umwelt- und Migrationspolitik den Entwicklungsländern am nachhaltigsten helfen würden. Zu diesem Zweck zog er einen Index der Entwicklungsförderung (Commitment to Development Index, CDI) heran, der vom Center for Global Development in Washington D.C. sowie der Zeitschrift Foreign Policy entwickelt wurde und der bspw. auch Faktoren wie die Öffnung der Grenzen (der Geberländer) für Importe oder die Bereitschaft zur Aufnahme von Migranten berücksichtige. Vor diesem Hintergrund erscheine die japanische ODA in keinem guten Licht. Zwar stehe Japan auf der Liste der Geberstaaten von (Netto)ODA noch an Platz drei, allerdings sei die Qualität des Entwicklungsmangements vor dem Hintergrund des CDI äußerst schlecht: Japan belege im CDI den letzten Platz. Professor Kevenhörster erläuterte die Kritikpunkte des japanischen Außenministeriums sowie führender japanischer Experten am CDI. So würden etwa Faktoren wie Waffenproduktion- und Handel, Energieeffizienz der Geberstaaten sowie Bemühungen um Umweltschutz vom CDI nicht berücksichtigt. Anschließend erläuterte er das klassische Modell der japanischen öffentlichen Entwicklungshilfe, welches beispielsweise durch die starke regionale Konzentration auf Asien gekennzeichnet sei. Er erklärte dann die Kritikpunkte der OECD am japanischen Entwicklungs-Modell, etwa die starke Orientierung der Entwicklungshilfe an nationalen Interessen und führte einige Vorschläge zur Verbesserung der japanischen Entwicklungshilfe an, etwa die Konzentration der bilateralen Hilfe auf Gesundheit, Erziehung und Armutsbekämpfung.

Abschließend sprach Professorin Shire zum Thema: „Modernes Japan- Chancen und Barrieren des gesellschaftlichen Wandels“. Sie führte zunächst die drei klassischen sozialen Institutionen Japans, Bildung, Arbeit und Familie, ein und erklärte dann anhand eines theoretischen Modells, wie sich gesellschaftlicher Wandel im Allgemeinen vollzieht. Einen Schwerpunkt legte sie auf die Individualisierung in Japan, also die Auflockerung von standardisierten Lebensläufen. Dies ginge mit der Deregulierung von Arbeitsbeziehungen sowie dem demographischen Wandel einher und berge sowohl Chancen als auch Risiken in sich. So könne man in Japan seit 1987 einen Rückgang der regulären Beschäftigten ausmachen, der sich auch in der Lohnentwicklung niederschlage. Gerade die jüngeren Generationen würden heute erheblich weniger verdienen, als die vorangegangenen Generationen. Dies habe auch Auswirkungen auf die Familie: So verschiebe sich das Heiratsalter nach hinten und es könne ein Wertewandel in Richtung Doppelverdiener-Modell beobachtet werden. Drohende Risiken für die japanische Gesellschaft seien Altersarmut sowie eine steigende soziale Ungleichheit. Der gesellschaftliche Wandel berge insgesamt mehr Risiken als Chancen.